

Übergriffe auf die Gemeindeautonomie mit unbrauchbaren Raumplanungsvorgaben

Stellungnahme des Bürgerforums Freienbach zur kantonalen Richtplananpassung 2022

Die kantonalen Planungsvorgaben zur Siedlungsentwicklung der Gemeinde Freienbach zielen auf extreme Verdichtung und Erweiterung des Baugebietes ab. Das Bürgerforum verlangt zugunsten der Qualitäts-Verbesserung einen Wachstums-Stopp und eine völlig andere Regelung für das Deponieren von Aushub. Andernfalls droht die Zerstörung der noch verbliebenen Lebensqualität und ein finanzielles Fiasko.

In seiner Stellungnahme vom 20. Dezember 2022 kritisiert das Bürgerforum Freienbach die «Vorgaben» der kantonalen Richtplanung grundlegend. Dieses sogenannte «behördenverbindliche» Planungsinstrument wird dazu eingesetzt, die Planungshoheit der Gemeinden mittels «Ansiedlungsmanagement» und «Monitoring» immer stärker auszuhebeln. In zentralistischer Manier wird ein immer noch stärkerer Bauboom im «urbanen Gebiet» der Ausserschwyzer Gemeinden gefordert. Doch der kantonale Richtplan lässt völlig ausser Acht, wie nachteilig sich das Aufblähen der Siedlungen für Zehntausende von neuen E+Bs (das technokratische Kürzel für Einwohner und Beschäftigte) auf die Lebensqualität, die örtliche Wirtschaft und den öffentlichen Raum auswirken würde.

So wollen die kantonalen Planungs-«Koordinierer» die Siedlungstrenngürtel zugunsten von «Entwicklungsschwerpunkten» und «Siedlungsumstrukturierungen» immer mehr schrumpfen lassen, obwohl vollmundig behauptet wird, mit dieser Richtplanung schenke man der Verbesserung der Landschaftsqualität vermehrte Aufmerksamkeit. Entgegen den kommunalen Schutzforderungen will man in der schützenswerten, ursprünglich erhaltenen Landschaftskammer Tal – Talweid – Weingarten – Joch gigantische Deponien durchsetzen. Und man will sogar gezielt ermöglichen, Schutzgebiete von nationaler Bedeutung (BLN) zu verkleinern, um dort Überbauungen durchwinken zu können.

Die überrissenen Wachstumsziele würden unausweichlich zu einem totalen Verkehrszusammenbruch führen. Doch dies wird im kantonalen Richtplan nur als «eine der grössten Herausforderungen» bezeichnet. Man hält dennoch an den seit vielen Jahren beanstandeten, unrealistischen Zielsetzungen fest.

Genau dort, wo schon heute die grössten Verkehrsengpässe bestehen, wird eine exzessive Verdichtung vorgegeben: Höher – breiter – länger, XXL-Gebäude in «neuen Entwicklungsgebieten», z.B. in einem «Stadtteil Pfäffikon-Ost» für rund 3'000 neue Einwohner und Beschäftigte, unmittelbar beim chronisch verstopften Seedamm. Gemäss der längst gescheiterten «Testplanung Ost und Bahnhof» sieht der kantonale Richtplan viele zusätzliche Lichtsignale an der Churerstrasse vor: Ein Tropfensystem mit kurzen Grünphasen für 3-4 Autos als kantonale «Lösung» der Verkehrsprobleme. Rapperswil lässt grüssen.

Die sogenannte «Siedlungserweiterung» würde nebst zusätzlichen Strassen und Brücken auch viele weitere, teure Infrastrukturbauten erfordern, z.B. mehr Schulhäuser, weiteren ÖV-Ausbau, etc. Das schlechte Verhältnis von Kosten und Nutzen klammert die kantonale Richtplanung aber völlig aus.

Das Bürgerforum verlangt ein Ende des Wachstumswahns und bringt einen Vorschlag ein, der diesen zerstörerischen Planungsabsichten definitiv einen Riegel schieben kann: Eine radikale Abkehr vom üblichen Fremd-Deponieren von Bauschutt und Aushub.

Die Fremdblagerung ermöglichte es, immer mehr Einzel-Grundstücke zusammenzulegen und mit einem Vielfachen der vormals möglichen Kubaturen zu überbauen. Gestaltungspläne mit Sondernutzungsregelungen dienten dazu, über gigantischen Baugruben eng zusammengepferchte, direkt an den Strassenraum platzierte Grossüberbauungen mit extrem teuren Wohnungen ohne besonnenen Umschwung zu realisieren. Solche «*Verdichtung*» dient zwar der Profitmaximierung, nimmt aber keine Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse der Menschen.

Mit der vom Bürgerforum lancierten Vorgabe, dass der Aushub inskünftig auf dem Bauareal selbst verbleiben muss, kann die kantonal vorangetriebene, raumplanerisch verheerende Entwicklung gestoppt werden. Das übergeordnete, öffentliche Interesse steht wieder an erster Stelle, die Neubauten zeigen endlich wieder vernünftige Grössenverhältnisse und das extreme Ausreizen der Gesetze, Reglemente und Seilschaften in Politik und Ämtern ist nicht mehr möglich. Gleichzeitig kann damit auch das vorgebliche «*Problem fehlender Deponiestandorte*» elegant gelöst werden.

2023 wird das Jahr des Umdenkens in dieser Richtung sein!

Irene Herzog-Feusi

Präsidentin



Kein Zielbild für die Gemeinde Freienbach!